

# VERDIENSTE UND ARBEITSKOSTEN 2008



Begleitmaterial  
zur Pressekonferenz  
am 13. Mai 2009  
in Berlin



# **VERDIENSTE UND ARBEITSKOSTEN 2008**

Herausgeber: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden  
Gruppe ID, Pressestelle,  
in Zusammenarbeit mit Gruppe V D  
„Verdienste und Arbeitskosten“

Internet: [www.destatis.de](http://www.destatis.de)

**Fachliche Informationen zu dieser Veröffentlichung:**

Gruppe V D

Tel.: +49 (0) 611 / 75 35 41

Fax: +49 (0) 611 / 72 40 00

E-Mail: [verdienste@destatis.de](mailto:verdienste@destatis.de)

**Journalistische Anfragen:**

Pressestelle

Tel.: +49 (0) 611 / 75 34 44

Fax: +49 (0) 611 / 75 39 76

E-Mail: [presse@destatis.de](mailto:presse@destatis.de)

Kontaktformular: [www.destatis.de/kontakt](http://www.destatis.de/kontakt)

**Allgemeine Informationen zum Datenangebot:**

Informationsservice

Tel.: +49 (0) 611 / 75 24 05

Fax: +49 (0) 611 / 75 33 30

Kontaktformular: [www.destatis.de/kontakt](http://www.destatis.de/kontakt)

Grundlage dieser Broschüre sind die anlässlich der Pressekonferenz des Statistischen Bundesamtes am 13. Mai 2009 veröffentlichten Daten.

© Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2009

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

	<b>Inhalt</b>
<b>Einleitung</b> .....	<b>5</b>
<b>1 Tarifverdienste</b> .....	<b>5</b>
1.1 Höchster Anstieg der Tarifverdienste seit 1995 .....	5
1.2 Entwicklung der Tarifabschlüsse im Jahr 2008 zweigeteilt .....	6
1.3 Wirtschaftskrise aktiviert Öffnungsklauseln .....	7
1.4 Jeder zweite Beschäftigte wird nach Tarifvertrag bezahlt .....	8
1.5 Laufzeiten von Tarifverträgen nehmen zu .....	9
<b>2 Effektivverdienste</b> .....	<b>11</b>
2.1 Höhe der Verdienste im Jahr 2008 .....	11
2.2 Großer Verdienstabstand zwischen Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigten .....	12
2.3 2008 - ein gutes Jahr für Arbeitnehmer: Verdienste steigen stärker als Preise .....	14
2.4 Hohe Verdienste und Sonderzahlungen bei Banken .....	16
2.5 Lohngefälle wächst 2008: Führungskräfte sind die Gewinner, angelernte Arbeitnehmer die Verlierer .....	18
<b>3 Die Vielfalt hinter dem Durchschnitt</b> .....	<b>19</b>
<b>4 Niedriglohn</b> .....	<b>23</b>
4.1 16% der Vollzeitbeschäftigten haben einen Niedriglohn .....	23
4.2 Höhere Wahrscheinlichkeit für Niedriglohn bei Jüngeren, Frauen und Menschen ohne Berufsausbildung .....	23
4.3 Im internationalen Vergleich liegt Deutschland im Mittelfeld .....	25
<b>5 Standortfaktor Arbeitskosten</b> .....	<b>27</b>
5.1 Was kostet Arbeit in Deutschland? .....	27
5.2 Arbeitskosten in Deutschland bremsen auf hohem Niveau .....	27
5.3 Die Tendenz in der EU heißt Konvergenz .....	32
5.4 Deutschland beim Anteil der Lohnnebenkosten an den Arbeitskosten weiterhin im Mittelfeld der EU.....	34
5.5 Lohnstückkosten: Deutschland wurde 2008 wettbewerbsfähiger.....	35
<b>Zusammenfassung</b> .....	<b>36</b>



## Einleitung

2008 war wirtschaftlich ein gespaltenes Jahr. Nach anfänglich positiver Entwicklung erreichte spätestens im 4. Quartal die weltweite Wirtschaftskrise auch den deutschen Arbeitsmarkt. Hier werden die Daten zu den Verdiensten und Arbeitskosten für das Jahr 2008 vorgestellt, also speziell die „Preiskomponente“ des Arbeitsmarktes beleuchtet. Dabei haben die Verdienste einen Doppelcharakter. Zum einen sind sie die wichtigste Einkommensquelle der Beschäftigten. Ihre Höhe, Entwicklung und Verteilung bestimmen wesentlich den privaten Konsum und damit auch die konjunkturelle Entwicklung. Zum anderen stellen sie für die Unternehmen Kosten dar. Die Bruttoverdienste und die Lohnnebenkosten ergeben die Arbeitskosten, deren Niveau und Entwicklung die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Exportwirtschaft mit prägen. Ein weiterer Wettbewerbsfaktor ist die Arbeitsproduktivität, die sich zusammen mit den Arbeitskosten in den Lohnstückkosten niederschlägt.

*Doppelcharakter  
der Verdienste*

## 1 Tarifverdienste

### 1.1 Höchster Anstieg der Tarifverdienste seit 1995

Der Tarifindex misst die durchschnittliche Veränderung der Tarifverdienste. Dazu werden rund 600 ausgewählte Tarifverträge aus dem früheren Bundesgebiet und den neuen Ländern ausgewertet. Erfasst werden Daten über die tariflichen Verdienste sowie Angaben zur Wochenarbeitszeit, zum Abschluss- und Kündigungsdatum der Tarifverträge und über die Höhe der vermögenswirksamen Leistungen. Nicht berücksichtigt werden unregelmäßige Zahlungen, wie beispielsweise Einmalzahlungen, Pauschalzahlungen und übertarifliche Vergütungen. Die ausgewählten Tarifverträge umfassen dabei mindestens 75% der Tarifbeschäftigten in jedem nachzuweisenden Wirtschaftszweig.

Da die Festlegung der wichtigsten Tarifverträge aber nicht für alle Zeit gültig ist, wird in mehrjährigen Abständen eine Neuauswahl der Tarifverträge, eine so genannte Neubasierung, durchgeführt. Mittels der Neubasierung wird sichergestellt, dass der Tarifindex die tarifpolitische Wirklichkeit bestmöglich widerspiegelt. Mit der aktuell erfolgten Neubasierung wurde der Erfassungsbereich des Tarifindex erweitert, sodass nun auch Angaben für den gesamten Dienstleistungsbereich vorliegen. Zudem werden erstmalig Ergebnisse für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nachgewiesen.

Der Tarifindex ist ein wichtiger Maßstab für die allgemeine tarifliche Entgeltentwicklung und spielt eine wichtige Rolle als Wertsicherungsklausel in längerfristigen Vertragsbeziehungen (Preisgleitklausel). Überdies erlaubt er den Vergleich der Entwicklung der tariflichen Verdienste und Arbeitszeiten im früheren Bundesgebiet und in den neuen Ländern, bietet den Vertragsparteien wichtige Informationen bei Tarifverhandlungen und ist ein Frühindikator für die Entwicklung der Effektivverdienste.

Die Entwicklung der Tarifverdienste von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern wird mit dem Tarifindex gemessen. Die Tarifverdienste stiegen in Deutschland im Jahr 2008 um durchschnittlich 3,6%. Das ist der höchste Anstieg seit über zehn Jahren (1995: + 4,3%). Dieser Vergleich beruht auf der Abgrenzung der Wirtschaftsbereiche vor der aktuell erfolgten Neubasierung des Tarifindex, die mit einer Erweiterung der Erfassungsbereiche verbunden war (siehe Textbox). Bezieht man die neu hinzugenommenen Wirtschaftsbereiche mit ein, stiegen die Tarifverdienste ebenfalls um 3,6%. Dabei fiel der Zuwachs insgesamt in den neuen Ländern mit 5,2% höher aus als im früheren Bundesgebiet (+ 3,3%). Hier spielte neben den reinen Tariferhöhungen die in vielen Bereichen, insbesondere im öffentlichen Dienst, erfolgte Anpassung der Tarifverdienste an das Westniveau eine große Rolle.

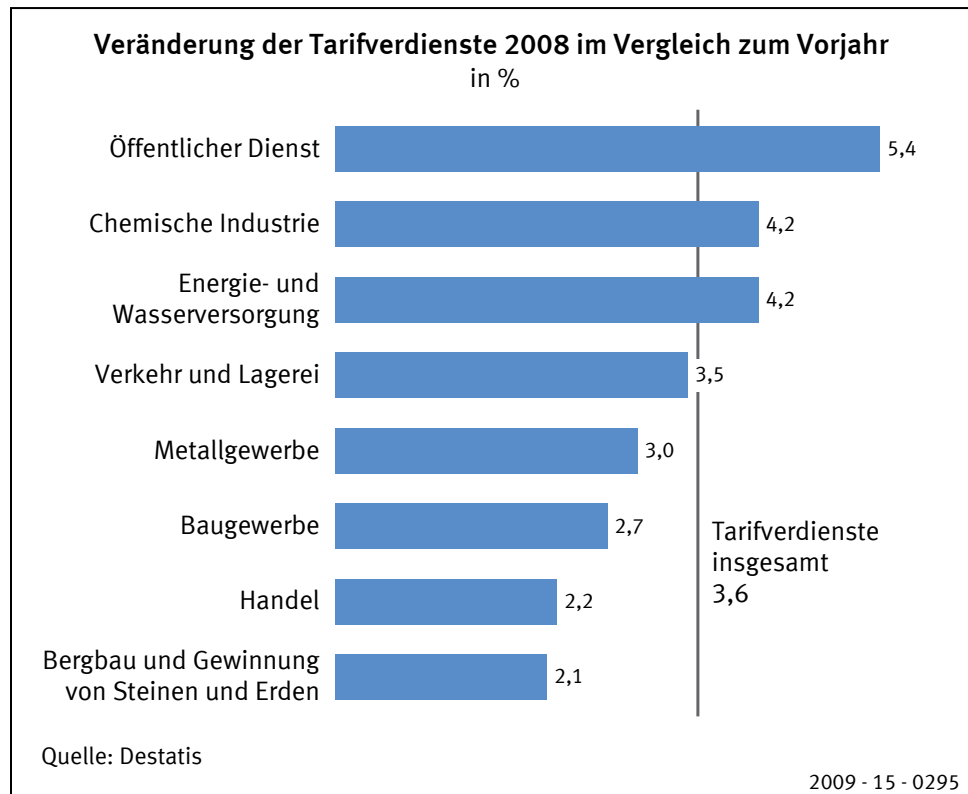
*Tarifverdienste 2008  
um 3,6% gestiegen*

Die höchsten Zuwächse gab es in Deutschland im öffentlichen Dienst (+ 5,4%), in der Chemischen Industrie sowie in der Energie- und Wasserversorgung (jeweils + 4,2%). Unterdurchschnittlich erhöhten sich dagegen die Tarifverdienste im Baugewerbe (+ 2,7%), im Handel (+ 2,2%) und im Bergbau (+ 2,1%).

**Dienstleistungssektor  
vollständig  
einbezogen**

Ein wesentlicher Aspekt der Erweiterung des Tarifindex ist die vollständige Einbeziehung des Dienstleistungsbereichs. Hier stiegen die Tarifverdienste im Jahr 2008 um durchschnittlich 4,0%. Dies erklärt sich maßgeblich durch die Entwicklung im öffentlichen Dienst. Denn neben den überwiegend von Privatunternehmen angebotenen Dienstleistungen, wie beispielsweise Handel, Versicherungen, Telekommunikation und Zeitarbeit, umfasst der Dienstleistungsbereich auch die öffentliche Verwaltung. In dem weitgehend von privatwirtschaftlichen Anbietern dominierten Bereich des Dienstleistungssektors stiegen die Tarifverdienste dagegen mit 2,7% unterdurchschnittlich.

Schaubild 1



## 1.2 Entwicklung der Tarifabschlüsse im Jahr 2008 zweigeteilt

**Hohe Tarifabschlüsse  
im 1. Halbjahr 2008**

Die zur Berechnung des Tarifindex berücksichtigten einzelnen Tarifabschlüsse entwickelten sich im Jahr 2008 sehr unterschiedlich. So lagen im ersten Halbjahr 2008 bei günstigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen viele Tarifabschlüsse bei über 4%. Dazu zählen unter anderem die Abschlüsse in der Entsorgungswirtschaft (+ 5,4%), in der Eisen- und Stahlindustrie (+ 5,2%), im öffentlichen Dienst bei Bund und Kommunen (TVöD) (+ 4,8%) sowie in der Chemie (+ 4,4%). Aber auch die Tarifabschlüsse für das Wach- und Sicherheitsgewerbe, das Hotel- und Gaststättengewerbe sowie den Einzelhandel lagen mit gut 3% deutlich höher als in den Vorjahren.

Im zweiten Halbjahr 2008 gab es Tarifierhöhungen von 4% lediglich in regional wie wirtschaftlich eng begrenzten Bereichen. Vielmehr traten in vielen großen Branchen im zweiten Halbjahr 2008 Stufenerhöhungen in Kraft, die bereits in der Tarifrunde 2007 vereinbart worden waren und in der Regel niedriger ausfielen als die erste Tarifanhebung. Dazu zählen beispielsweise die Druckindustrie (+ 2,1%), die Chemie in den neuen Ländern (+ 2,0%) und die Baubranche (+ 1,6%). Die im Vergleich zum ersten Halbjahr 2008 niedrigeren Abschlussraten waren deshalb eher das Resultat mehrjähriger Abschlüsse aus den Vorjahren, denn eine Reaktion auf die sich bereits im dritten



Quartal abzeichnende Finanzkrise. Die Tendenz sinkender Jahresraten setzte sich zu Jahresbeginn 2009 fort: Im Januar 2009 lag die Jahresveränderungsrate des Index der tariflichen Monatsverdienste mit + 2,4% erstmals seit Oktober 2007 wieder unter der 3%-Marke. Im Bankgewerbe wurden die aufgrund der Finanzkrise ursprünglich ausgesetzten Tarifverhandlungen über die Ende Juni 2008 ausgelaufenen Tarifverträge inzwischen beendet. Der Abschluss kam Ende April 2009 zustande.

### 1.3 Wirtschaftskrise aktiviert Öffnungsklauseln

**Tabelle 1: Öffnungsklauseln in ausgewählten Tarifverträgen**

Fachlicher und räumlicher Tarifbereich	Öffnungsklausel
Chemische Industrie Deutschland . . . . .	Absenkung der regelmäßigen tariflichen wöchentlichen Arbeitszeit von 37,5 Stunden um bis zu zweieinhalb Stunden mit entsprechender Lohnanpassung; Tarifentgelte können bis zu 10% abgesenkt werden; Kürzung oder Wegfall der vereinbarten Einmalzahlung
Metallindustrie Deutschland . . . . .	Verschiebung der 2. Stufenerhöhung von 2,1% zum 01.05.2009 um bis zu 7 Monate; Absenkung der geltenden tariflichen Bestimmungen bei Mehrarbeit und Arbeitszeit; Reduzierung des Monatsentgelts proportional zur Arbeitszeit
Baugewerbe Früheres Bundesgebiet . . .	Absenkung der Tarifentgelte um bis zu 8%, wobei der tarifliche Mindestlohn nicht unterschritten werden darf
Neue Länder . . . . .	Absenkung der Tarifentgelte um bis zu 8%
Handelsvermittlung und Großhandel Niedersachsen. . . . .	Vereinbarungen des Manteltarifvertrages (z.B. Urlaub, Urlaubsgeld) können bis max. 12 Monate gekürzt werden
Berlin . . . . .	Absenkung der Mindestentgelte auf 92% der Entgeltbeträge in Unternehmen mit bis zu 35 Beschäftigten
Sachsen . . . . .	Absenkung der Tarifentgelte um bis zu 5 % in Unternehmen mit bis einschließlich 20 Beschäftigten
Sachsen-Anhalt . . . . .	Absenkung des Tarifentgeltes um bis zu 8% in Unternehmen mit bis zu 10 Beschäftigten und um bis zu 7% in Unternehmen von 11 bis 20 Beschäftigten
Thüringen . . . . .	Absenkung der Tarifentgelte bis zu 3% in Unternehmen bis zu 20 Beschäftigten und bis zu 6% in Betrieben bis zu 10 Beschäftigten
Einzelhandel Mecklenburg-Vorpommern.	Absenkung der Tarifentgelte um bis zu 6% in Unternehmen mit bis zu 25 Beschäftigten
Sachsen, Thüringen . . . . .	Absenkung der Tarifentgelte bis zu 8% in Unternehmen mit bis zu 5 Beschäftigten, bis zu 6% in Unternehmen mit bis zu 15 Beschäftigten und bis zu 4% in Unternehmen mit bis zu 25 Beschäftigten

**Öffnungsklauseln erlauben Reaktion auf veränderte Rahmenbedingungen**

Da die meisten Tarifverträge eine Laufzeit von einem Jahr und mehr haben, ist eine kurzfristige Anpassung an veränderte Rahmenbedingungen meist nicht möglich. Daher suchen die Tarifpartner, Gewerkschaften und Arbeitgeber, derzeit nach tariflich zulässigen Wegen, um zum einen der besonderen wirtschaftlichen Situation gerecht zu werden und um zum anderen den vereinbarten Tarifvertrag zu erfüllen. Eine Möglichkeit bieten die in vielen großen Flächentarifverträgen vorhandenen Öffnungsklauseln. Sie erlauben es den tarifgebundenen Unternehmen, unter bestimmten Voraussetzungen von den tariflichen Regelungen abzuweichen. So ist beispielsweise im jüngsten Tarifabschluss der Metallindustrie vereinbart worden, dass Unternehmen bei betrieblichen Schwierigkeiten die vereinbarte Tariferhöhung um bis zu sieben Monate verschieben und die Pauschalzahlung aussetzen können. Zudem besteht seit längerem die Möglichkeit, bei akuten Beschäftigungsproblemen Arbeitszeit und Entgelt proportional abzusenken. Diese Maßnahme ist auch im Flächentarifvertrag der Chemischen Industrie vorgesehen. Zudem ist dort vereinbart, dass die in den Tarifverträgen festgelegten Tarifentgelte um bis zu 10% abgesenkt werden können, wenn dies aus Gründen der Wettbewerbsfähigkeit oder zum Erhalt des Standortes erforderlich ist. Aber auch andere Tarifverträge haben Öffnungsklauseln, die es den Tarifpartnern erlauben, flexibel auf neue Herausforderungen zu reagieren.

Inwieweit die Unternehmen Öffnungsklauseln bereits anwenden, lässt sich anhand der Zahlen aus den Verdienststatistiken nicht eindeutig ablesen. Feststellbar ist allerdings, dass im Jahr 2008 der Anstieg der effektiven Bruttomonatsverdienste in der Chemischen Industrie (2,5%) und im Metallgewerbe (2,1%) unter dem durchschnittlichen Anstieg der Tarifverdienste von 4,2% und 3,0% lag. Zudem zeigt die derzeitige Diskussion, dass immer mehr Großunternehmen, speziell in der Automobilindustrie, die Öffnungsklauseln nutzen wollen, um auf die schwierigen wirtschaftlichen Bedingungen angemessen reagieren zu können.

#### **1.4 Jeder zweite Beschäftigte wird nach Tarifvertrag bezahlt**

In welchem Umfang Tariferhöhungen bei den Beschäftigten ankommen, hängt aber auch wesentlich davon ab, wie viele Beschäftigte in der jeweiligen Branche nach Tarif entlohnt werden. Nach den Ergebnissen der Verdienststrukturerhebung 2006 lag die Tarifbindung, also der Anteil der tariflich Beschäftigten an den Beschäftigten insgesamt, in der Chemischen Industrie bei gut 60% und im Metallgewerbe bei rund 40%. Hierbei werden alle Beschäftigten berücksichtigt, deren Arbeitgeber einen Tarifvertrag anwenden, unabhängig davon, ob dies verpflichtend oder freiwillig erfolgt. Insgesamt wurde im Jahr 2006 gut die Hälfte aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland nach Tarifvertrag entlohnt. Dieser Anteil war im früheren Bundesgebiet und in den neuen Ländern nahezu gleich. Unterschiede werden erst auf Ebene einzelner Wirtschaftszweige deutlich: Im Verarbeitenden Gewerbe insgesamt wurde im früheren Bundesgebiet knapp die Hälfte aller Beschäftigten nach Tarif entlohnt, in den neuen Ländern war es nur gut ein Viertel. Auch im Metallgewerbe war der Anteil der Tarifbeschäftigten im früheren Bundesgebiet mit gut 40% doppelt so hoch wie der in den neuen Ländern (20%). Keine Unterschiede gab es dagegen im Handel. Hier betrug die Tarifbindung jeweils 29%, die bundesweit geringste Tarifbindung. Ein Vergleich mit den Ergebnissen aus dem Jahr 1995 zeigt, dass sich die Zahl der tariflich Beschäftigten im Handel in den letzten Jahren halbiert hat. Aber auch in den übrigen Wirtschaftsbereichen ging die Tarifbindung zurück. Insgesamt wurden im Jahr 1995 noch rund 80% aller Beschäftigten nach Tarif bezahlt.

**Tarifbindung nimmt ab**

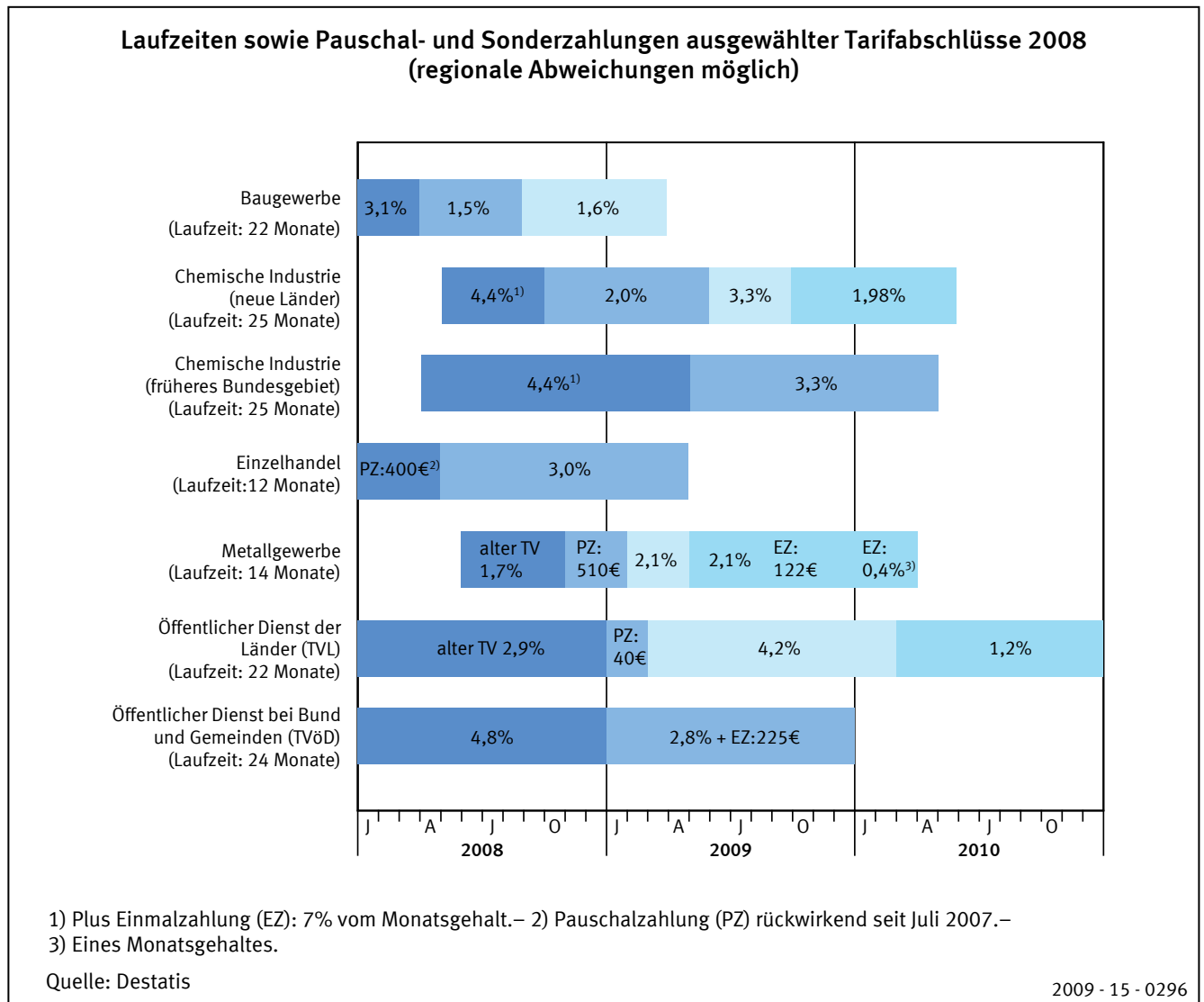
### 1.5 Laufzeiten von Tarifverträgen nehmen zu

Neben der zunehmenden Zahl an Öffnungsklauseln gewann auch die länger werdende Laufzeit von Tarifverträgen in den letzten Jahren an Bedeutung. Um eine höhere Planungssicherheit zu erhalten, werden in längerfristigen Verträgen bereits weitere, zu einem späteren Zeitpunkt in Kraft tretende Tariferhöhungen, so genannte Stufenerhöhungen, vereinbart. So hat der Tarifvertrag für die Chemische Industrie eine Laufzeit von 25 Monaten. Ähnlich hohe Laufzeiten haben die beiden für den öffentlichen Dienst relevanten Tarifverträge. Der Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst bei Bund und Gemeinden (TVöD) wurde für 24 Monate abgeschlossen, der Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) für 22 Monate.

*Stufenerhöhungen und Pauschalzahlungen gewinnen an Bedeutung*

Als weiteres wichtiges strukturelles Element von Flächentarifverträgen finden Pauschalzahlungen immer öfter Anwendung. Gewährt werden Pauschalzahlungen zur Überbrückung der „tarifvertragslosen“ Zeit, das heißt für den Zeitraum zwischen Ablauf des alten Tarifvertrages und Inkrafttreten der vereinbarten Tariferhöhung. Diese Zahlungen kommen in der Regel den derzeit Beschäftigten zugute und bleiben bei der prozentualen Anhebung der Tarifverdienste unberücksichtigt. Die Höhe der Pauschalzahlungen schwankte im Jahr 2008 zwischen gut 30 Euro (Einzelhandel) und 170 Euro (Metallgewerbe) pro Monat.

Schaubild 2





## 2 Effektivverdienste

Insgesamt wird in Deutschland nur gut die Hälfte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nach Tarif bezahlt. Deshalb vermitteln die Tarifverdienste allein noch kein vollständiges Bild über die Verdienstentwicklung aller Arbeitnehmer. Dafür sind die Bruttojahresverdienste, die sich aus der Grundvergütung und den Sonderzahlungen zusammensetzen, die richtige Größe. Sie zeigen, wie viel tatsächlich gezahlt wird, und berücksichtigen auch Arbeitnehmer in nicht tarifgebundenen Unternehmen und außertariflich Beschäftigte.

Zum 1. Januar 2007 hat ein neues Verdienststatistikgesetz das bisherige Lohnstatistikgesetz abgelöst, das seit 1951 nahezu unverändert bestand. Die neue Vierteljährliche Verdiensterhebung ersetzt die Laufende Verdiensterhebung im Produzierenden Gewerbe, Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe. Zusätzlich werden nun auch die Verdienste im Dienstleistungsbereich, Verdienste von Teilzeit- und geringfügig Beschäftigten und Angaben über Sonderzahlungen vierteljährlich erfasst. Abgebildet werden die durchschnittlichen Verdienste für die Quartale. Aus diesen Ergebnissen können auch Jahresverdienste berechnet werden, so dass ab 2007 auf die frühere Bruttojahresverdiensterhebung verzichtet werden konnte.

Befragt werden rund 40 500 Betriebe mit 10 (bzw. in einigen Wirtschaftszweigen 5) und mehr Arbeitnehmern. Die Vierteljährliche Verdiensterhebung liefert Informationen über die konjunkturelle Entwicklung der Bruttoverdienste. Sie spielt eine wichtige Rolle für die Beurteilung der zentralen wirtschaftspolitischen Ziele „Preisstabilität“ und „internationale Wettbewerbsfähigkeit inländischer Betriebe“. Die Daten werden darüber hinaus beispielsweise in Tarifverhandlungen, für Berechnungen von Berufsschadensausgleichen und Anpassungen in Verträgen (wie zum Beispiel Erbbauzins) verwendet. Die Darstellung der Ergebnisse nach Geschlecht und Leistungsgruppen (Gruppen von Arbeitnehmern ähnlicher Qualifikation) bietet zudem wichtige ökonomische und sozioökonomische Analyse- und Darstellungsmöglichkeiten.

### 2.1 Höhe der Verdienste im Jahr 2008

Ein vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmer im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich verdiente im Jahr 2008 im Durchschnitt einschließlich Sonderzahlungen 41 509 Euro und ohne Sonderzahlungen 37 152 Euro brutto. Monatlich waren das (ohne Sonderzahlungen) 3 096 Euro, der entsprechende Verdienst je Stunde betrug 18,34 Euro. Dafür musste ein Vollzeit Arbeitnehmer durchschnittlich 38,8 Stunden in der Woche arbeiten. Die bezahlte Wochenarbeitszeit lag im Produzierenden Gewerbe fast eine Dreiviertelstunde unter der Arbeitszeit im Dienstleistungsbereich. Im Dienstleistungsbereich verdienten Arbeitnehmer monatlich allerdings mit 3 012 Euro knapp 6% weniger als im Produzierenden Gewerbe (3 195 Euro).

***Bruttojahresverdienst  
2008 bei 41 509 Euro***

**Tabelle 2: Verdienste und Arbeitszeiten von vollzeit- und teilzeitbeschäftigten Arbeitnehmern 2008**

Wirtschaftssektor	Bezahlte Wochenarbeitszeit	Bruttostundenverdienst		Bruttomonatsverdienst		Bruttojahresverdienst	
		insgesamt	ohne Sonderzahlungen	insgesamt	ohne Sonderzahlungen	insgesamt	ohne Sonderzahlungen
	Stunden	Euro					
Vollzeitbeschäftigte Arbeitnehmer							
Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungsbereich . . . . .	38,8	20,49	18,34	3 459	3 096	41 509	37 152
Produzierendes Gewerbe . . .	38,5	21,44	19,10	3 586	3 195	43 027	38 335
Dienstleistungsbereich . . . . .	39,2	19,70	17,70	3 351	3 012	40 214	36 143
Teilzeitbeschäftigte Arbeitnehmer							
Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungsbereich . . . . .	24,2	15,29	14,13	1 605	1 483	19 254	17 798
Produzierendes Gewerbe . . .	24,1	16,85	15,21	1 767	1 595	21 199	19 143
Dienstleistungsbereich . . . . .	24,2	15,05	13,97	1 580	1 466	18 959	17 594

## 2.2 Großer Verdienstabstand zwischen Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigten

Teilzeitbeschäftigte arbeiteten im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich durchschnittlich 24,2 Stunden und erhielten 1 483 Euro im Monat. Teilzeitarbeitnehmer verdienen je Arbeitsstunde deutlich weniger als Vollzeitarbeitnehmer: der Bruttostundenverdienst von teilzeitbeschäftigten Arbeitnehmern war mit 14,13 Euro je Stunde 23,0% niedriger als der Bruttostundenverdienst eines vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmers (18,34 Euro). Dieser Abstand unterscheidet sich stark zwischen den Wirtschaftszweigen (Tabelle 3). Der größte Unterschied zwischen dem Verdienst eines voll- und eines teilzeitbeschäftigten Arbeitnehmers gab es in den Unternehmensnahen Dienstleistungen – dort verdiente ein Teilzeitbeschäftigter je Stunde 33,8% weniger als ein Vollzeitbeschäftigter – und im Handel, wo der entsprechende Abstand 26,5% betrug. Am geringsten ist dieser Abstand im Bereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung (4,6%) und im Wirtschaftsbereich Erziehung und Unterricht (10,8%).

*Stundenverdienst der Teilzeitbeschäftigten um 23% niedriger*

**Tabelle 3: Abstand zwischen den Bruttostundenverdiensten von teilzeit- und vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmern nach Wirtschaftszweigen 2008**

Wirtschaftsabschnitt (absteigend sortiert nach dem Verdienstabstand)	Bruttostunden- verdienst von Vollzeitarbeit- nehmern	Bruttostunden- verdienst von Teilzeitarbeit- nehmern	Verdienst- abstand
	Euro	Euro	%
Unternehmensnahe Dienstleistungen . . . . .	18,42	12,19	33,8
Handel . . . . .	16,96	12,47	26,5
Erbringung von sonstigen öffentlichen und persön- lichen Dienstleistungen . . . . .	17,65	13,56	23,2
<b>Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungsbereich . . . . .</b>	<b>18,34</b>	<b>14,13</b>	<b>23,0</b>
Verarbeitendes Gewerbe . . . . .	19,51	15,24	21,9
Kredit- und Versicherungsgewerbe . . . . .	23,75	18,70	21,3
Gastgewerbe . . . . .	11,10	9,06	18,4
Energie- und Wasser- versorgung . . . . .	23,74	19,66	17,2
Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen . . . . .	17,75	14,91	16,0
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden . . . . .	18,72	15,82	15,5
Baugewerbe . . . . .	15,49	13,13	15,2
Erziehung und Unterricht . . . . .	18,57	16,57	10,8
Verkehr und Nachrichtenübermittlung . . . . .	15,73	15,01	4,6

Ein Teil dieses Abstandes zwischen den durchschnittlichen Bruttostundenverdiensten von voll- und teilzeitbeschäftigten Arbeitnehmern kann durch die unterschiedliche Art ihrer Tätigkeit erklärt werden. 10,9% der Vollzeitarbeitnehmer sind in leitender Stellung, aber nur 4,9% der Teilzeitbeschäftigten. Auch bei den herausgehobenen Fachkräften sind vollzeitbeschäftigte Arbeitnehmer stärker vertreten (21,8% zu 14,0%). Genau das umgekehrte Bild zeigt sich bei den an- und ungelernten Arbeitnehmern: 18,2% aller Teilzeitbeschäftigten sind als ungelernete Arbeitnehmer angestellt, aber nur 7,3% der Vollzeitbeschäftigten.

**Tabelle 4: Anteil der voll- und teilzeitbeschäftigten Arbeitnehmer nach Art der Tätigkeit 2008**

Art der Tätigkeit	Anteil der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer	Anteil der teilzeitbeschäftigten Arbeitnehmer
	%	%
Arbeitnehmer in leitender Stellung . . . . .	10,9	4,9
Herausgehobene Fachkräfte . . . . .	21,8	14,0
Fachangestellte . . . . .	43,1	41,7
Angelernte Arbeitnehmer . . . . .	16,8	21,2
Ungelernte Arbeitnehmer . . . . .	7,3	18,2

### 2.3 2008 – ein gutes Jahr für Arbeitnehmer: Verdienste steigen stärker als Preise

Neben der Höhe der Verdienste ist auch deren Entwicklung von besonderem Interesse. Im Jahr 2008 verdienten vollzeitbeschäftigte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durchschnittlich 41 509 Euro brutto. Das waren 2,8% mehr als 2007 (40 368 Euro). In den neuen Ländern stiegen die Verdienste geringfügig stärker um 3,0% auf 30 151 Euro als im früheren Bundesgebiet (2,8% auf 43 310 Euro). Damit erreichten die Arbeitnehmer in Ostdeutschland 70% des Verdienstniveaus in Westdeutschland.

#### *Reallohnge Gewinn von 0,2 Prozentpunkten*

Vergleicht man die Verdienstentwicklung mit der Entwicklung der Verbraucherpreise, so zeigt sich, dass die Verdienste um 0,2 Prozentpunkte stärker gestiegen sind als die Preise (+2,6%). Allerdings haben nicht alle Arbeitnehmergruppen gleichermaßen von der Verdienstentwicklung profitiert. Im Verarbeitenden Gewerbe (+2,3%), im Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen (+2,4%) sowie besonders im Gastgewerbe (+1,7%) gab es reale Verluste. In den anderen Wirtschaftszweigen lag die Verdienstentwicklung über der Preisentwicklung. Die höchsten Verdienstzuwächse gab es 2008 bei Banken und Versicherungen mit 4,6% sowie im Bergbau mit 4,4%.



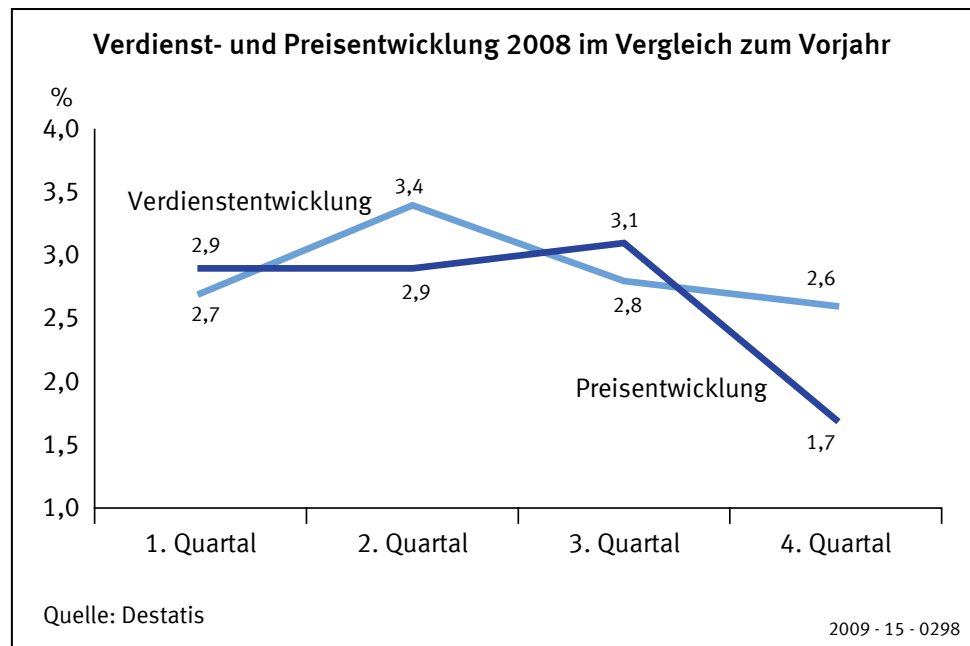
Schaubild 3



Die Verdienstentwicklung war über das Jahr gesehen nicht gleichmäßig. Im ersten und dritten Quartal 2008 lag die Verdienststeigerung zum Vorjahresquartal bei 2,7% und 2,8% und somit um 0,2 Prozentpunkte beziehungsweise 0,3 Prozentpunkte unter der Inflationsrate. Im zweiten Quartal stiegen die Verdienste um 3,4% und damit um 0,5 Prozentpunkte stärker als die Preise. Obwohl der Verdienstzuwachs im vierten Quartal 2008 mit +2,6% nicht mehr so stark war wie in den Vorquartalen, lag die Verdienstentwicklung deutlich über der Preisentwicklung (1,7%). Die Finanzkrise hat bereits Ende des Jahres zu einem Rückgang der Preissteigerungsraten geführt, so dass die Arbeitnehmer im gesamten Jahr 2008 einen „Reallohnge Gewinn“ hatten. Dieser resultierte vornehmlich aus dem Ende des Jahres deutlich schwächer werdenden Anstieg der Verbraucherpreise.

*Sinkende Inflationsraten  
im 4. Quartal 2008 führen  
zu „Reallohnge Gewinn“*

Schaubild 4



## 2.4 Hohe Verdienste und Sonderzahlungen bei Banken

Auffallend ist, dass im Jahr 2008 in den Branchen mit den niedrigsten und höchsten Verdienststeigerungen auch das Niveau der Bruttojahresverdienste deutliche Unterschiede aufwies: Im Gastgewerbe gab es nicht nur die geringste Steigerung, sondern mit durchschnittlich 23 833 Euro im Jahr verdienten Arbeitnehmer auch am wenigsten. Den höchsten durchschnittlichen Bruttojahresverdienst mit 58 791 Euro hatten Arbeitnehmer in der Branche mit der höchsten Steigerung, nämlich im Kredit- und Versicherungsgewerbe.

Dieser Unterschied wird auch durch die unterschiedliche Höhe der Sonderzahlungen bestimmt. Sie umfassen alle unregelmäßigen Zahlungen, wie zum Beispiel dreizehnter Monatslohn, Urlaubs- und Weihnachtsgeld, Leistungsprämien und Gewinnbeteiligungen, und bilden zusammen mit der Grundvergütung den Bruttojahresverdienst. In Deutschland wurden 2008 durchschnittlich 10,5% des Bruttojahresverdienstes oder 4 357 Euro in Form von Sonderzahlungen geleistet. Dabei hing deren Anteil sehr von der Branche ab: Im Gastgewerbe war er mit 4,6% am niedrigsten; im Kredit- und Versicherungsgewerbe mit 18,7% am größten.

**10,5% des Bruttojahresverdienstes sind Sonderzahlungen**

**Tabelle 5: Anteil der Sonderzahlungen am Bruttojahresverdienst nach Wirtschaftszweigen und Art der Tätigkeit 2008**

Wirtschaftsabschnitt	Bruttojahresverdienst		Sonderzahlungen	Anteil der Sonderzahlungen am Bruttojahresverdienst
	mit Sonderzahlungen	ohne Sonderzahlungen		
	Euro	Euro	Euro	%
Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungsbereich . . . . .	41 509	37 152	4 357	10,5
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden . . . . .	43 640	39 366	4 274	9,8
Verarbeitendes Gewerbe . . . . .	44 092	39 061	5 030	11,4
Energie- und Wasserversorgung . . . . .	55 026	47 331	7 695	14,0
Baugewerbe . . . . .	33 390	31 502	1 887	5,7
Handel . . . . .	38 256	34 632	3 625	9,5
Gastgewerbe . . . . .	23 833	22 739	1 095	4,6
Speisengeprägte Gastronomie, ungelernete Arbeitnehmer . . . . .	16 341	15 940	401	2,5
Verkehr und Nachrichtenübermittlung . . . . .	36 098	33 008	3 090	8,6
Kredit- und Versicherungsgewerbe . . . . .	58 791	47 820	10 971	18,7
Kreditgewerbe, leitende Arbeitnehmer . . . . .	102 043	75 518	26 525	26,0
Unternehmensnahe Dienstleistungen . . . . .	42 357	37 372	4 985	11,8
Erziehung und Unterricht . . . . .	39 676	37 263	2 413	6,1
Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen . . . . .	38 482	36 129	2 353	6,1
Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen . . . . .	39 112	36 083	3 030	7,7

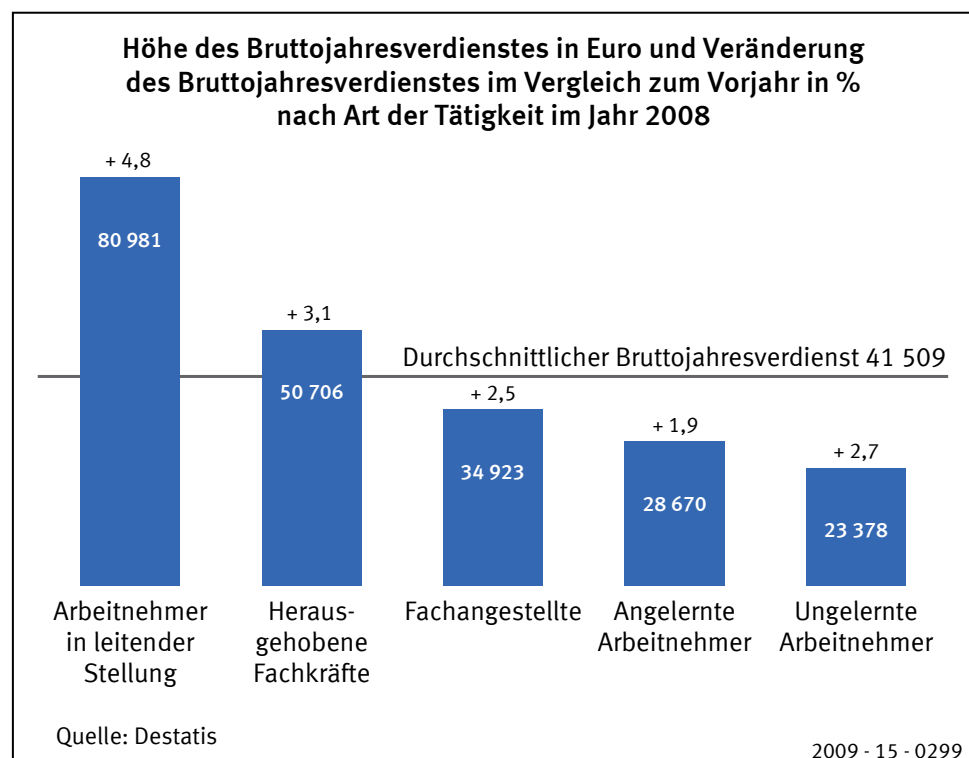
Schaut man sich spezielle Gruppen von Arbeitnehmern in diesen Branchen an, dann ist die Spanne noch größer. So bekommen ungelernete Arbeitnehmer in Restaurants zu ihrer im Vergleich ohnehin niedrigen Grundvergütung von 15 940 Euro pro Jahr nur 401 Euro Sonderzahlungen dazu. Genau das entgegengesetzte Bild zeigt sich bei den Verdiensten von leitenden Arbeitnehmern in Banken. Deren Entlohnung war 2008 noch sehr stark durch Sonderzahlungen geprägt. Zu dem vergleichsweise hohen Grundgehalt von 75 518 Euro kamen im Durchschnitt noch einmal 35% Sonderzahlungen hinzu (26 525 Euro). Die leitenden Arbeitnehmer in einer Bank verdienen somit insgesamt im Durchschnitt mehr als das Sechsfache eines ungelernen Arbeitnehmers in einem Restaurant.

## 2.5 Lohngefälle wächst 2008: Führungskräfte sind die Gewinner, angelernte Arbeitnehmer die Verlierer

Die Verdienste unterscheiden sich nicht nur nach Branchen, sondern auch nach Qualifikationsniveaus und Anforderung des Arbeitsplatzes. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in leitender Stellung, oft Akademiker, verdienen 2008 im Schnitt mit 80 981 Euro das 3,5-fache eines ungelernen Arbeitnehmers (23 378 Euro). Bemerkenswert ist, dass leitende Arbeitnehmer im Jahr 2008 mit 4,8% auch die höchste Verdienststeigerung hatten, die zudem deutlich über der Preisentwicklung lag. Auch herausgehobene Fachkräfte hatten einen vergleichsweise hohen Verdienstzuwachs (+3,1%). Anders sieht es für die schlechter qualifizierten Arbeitnehmer aus. Fachangestellte und ungelernete Arbeitnehmer konnten mit ihren Verdienstzuwächsen etwa den Reallohn sichern. Angelernte Arbeitnehmer verdienen im Jahr 2008 nur 1,9% mehr als im Jahr 2007 und waren mit einem Reallohnverlust von 0,7 Prozentpunkten die Verlierer der „Verdienstrunde“ 2008.

*Leitende Arbeitnehmer verdienen das 3,5-fache eines ungelernen Arbeitnehmers*

Schaubild 5



### 3 Die Vielfalt hinter dem Durchschnitt

Bei den bisher dargestellten Werten handelt es sich um Durchschnitte, genauer um das arithmetische Mittel. Die individuellen Verdienste können zum Teil deutlich vom Durchschnitt abweichen, so dass sich viele private Nutzer der Daten in diesem Mittelwert nicht wieder finden. Die Höhe der Verdienste ist nicht nur davon abhängig, in welchem Bundesland oder Wirtschaftszweig ein Arbeitnehmer beschäftigt ist, sondern auch individuelle Merkmale wie die Ausbildung, die Art der Tätigkeit oder das Alter spielen eine wichtige Rolle. Große Unterschiede im Verdienst zeigen sich auch zwischen Berufsgruppen.

Um dies zu analysieren, können alle vier Jahre Daten aus der Verdienststrukturerhebung (zuletzt für das Jahr 2006) herangezogen werden. Aus dieser Erhebung liegen Angaben für die einzelnen Arbeitnehmer vor.

In Schaubild 6 sind Berufe mit hohen und niedrigen Bruttojahresverdiensten im Jahr 2006 dargestellt. Besonders hohe Verdienste konnten Geschäftsführer mit 91 180 Euro und Rechtsvertreter mit 82 161 Euro erzielen. Sehr wenig verdienten Friseure (15 787 Euro) sowie Wäscher und Plätter (20 323 Euro). Die 39 728 Euro, die alle vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer durchschnittlich verdienten, spiegeln also weder den Verdienst des Friseurs noch den Verdienst des Geschäftsführers wider.

*Hohe Verdienstunterschiede nach Berufen*

Schaubild 6



Zur individuellen Einordnung eines Verdienstes sollten daher vor allem nach verschiedenen Merkmalen untergliederte Angaben herangezogen werden. Ergebnisse hierzu finden sich in den Fachserien „Verdienststrukturerhebung 2006 - Verdienste nach Berufen“ und „Verdienststrukturerhebung 2006 - Verteilung der Verdienste“.

Der Durchschnitt über alle vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer kann ein allgemeines Bild über das Niveau und die Verdienstentwicklung in Deutschland liefern. Aber auch hier lohnt es sich, die Verteilung der Verdienste genauer anzuschauen.

**Tabelle 6: Verteilung der Bruttomonats- und Bruttojahresverdienste vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmer 2006**

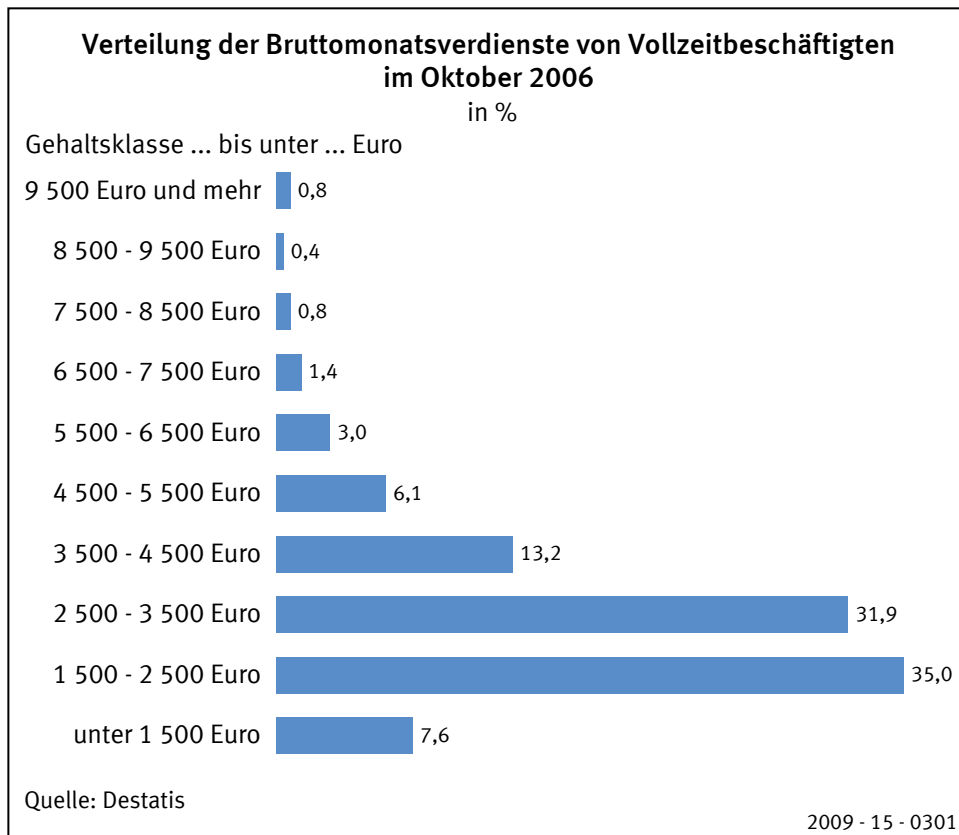
	Bruttomonatsverdienst	Bruttojahresverdienst
	Euro	
1. Quintil .....	1 947	24 035
2. Quintil .....	2 438	30 978
3. Quintil .....	2 949	38 197
4. Quintil .....	3 826	50 372
Arithmetisches Mittel ...	3 042	39 728
Median .....	2 678	34 381

**50 % der Arbeitnehmer verdienen mehr als 2 678 Euro.**

Im Jahr 2006 bekam ein vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmer durchschnittlich 3 042 Euro im Monat. Der Median lag bei 2 678 Euro. Dieser Wert teilt alle Arbeitnehmer hinsichtlich des Monatsverdienstes in zwei Hälften. Somit hatten 50% der Arbeitnehmer einen Verdienst von unter 2 678 Euro und bei 50% lag er darüber. Der Unterschied zwischen dem Durchschnitt (arithmetisches Mittel) und dem Median betrug 364 Euro. Grund dafür ist, dass bei der Berechnung des arithmetischen Mittels hohe Werte ein starkes Gewicht besitzen. Die unteren 20% der Arbeitnehmer verdienten weniger als 1 947 Euro und die oberen 20% mehr als 3 826 Euro.

Schaubild 7 zeigt, dass gut jeder dritte vollzeitbeschäftigte Arbeitnehmer zwischen 1 500 und 2 500 Euro verdiente. Ein knappes zweites Drittel der Arbeitnehmer erhielt zwischen 2 500 und 3 500 Euro. Mehr als 9 500 Euro verdienten nur 0,8% aller Arbeitnehmer.

Schaubild 7







## 4 Niedriglohn

### 4.1 16% der Vollzeitbeschäftigten haben einen Niedriglohn

Alle vier Jahre wird von der amtlichen Statistik eine umfangreiche Erhebung individueller Verdienste durchgeführt, die Verdienststrukturerhebung. In der letzten Erhebung über die Verdienste des Jahres 2006 wurden bei rund 28 000 Betrieben sowie öffentlichen Arbeitgebern Angaben von 3,2 Millionen Beschäftigten erfragt, die nun Schritt für Schritt analysiert werden. Nunmehr liegen erste Ergebnisse über den Niedriglohnsektor vor. Destatis veröffentlicht damit erstmals Zahlen speziell über diesen Bereich. Bei früheren Erhebungen war dies nur lückenhaft möglich. Erst durch die neue Rechtsgrundlage können nun auch typische Niedriglohnbereiche wie Friseursalons, Wäschereien und Arztpraxen erfasst werden. Allerdings konnten nicht alle Lücken geschlossen werden: Das Gesetz beschränkt die Verdienststrukturerhebung auf Betriebe mit mindestens zehn Beschäftigten, um kleine Firmen nicht mit dieser aufwändigen Statistik zu belasten. In der Folge konnte zwar ermittelt werden, welcher Anteil der erfassten Beschäftigten einen Niedriglohn erhielt und welche Tätigkeiten besonders häufig mit einem Niedriglohn einher gingen, jedoch konnte nicht errechnet werden, wie viele Niedriglöhner es nun genau in Deutschland gab. Zudem zeigen andere Datenquellen, dass in kleinen Firmen ein erhöhtes Risiko für Niedriglöhne besteht. Der Anteil der Niedriglöhner wäre somit noch etwas höher, wenn man die kleinen Firmen einbezogen hätte.

In Anlehnung an eine Definition der OECD wurden zur Abgrenzung des Niedriglohnsektors ausschließlich die Monatsverdienste von Vollzeitbeschäftigten analysiert. Bei diesen Personen ist der Verdienst in der Regel – anders als bei vielen Teilzeitbeschäftigten – die Hauptquelle des Lebensunterhalts. Auszubildende wurden ebenfalls ausgeschlossen. Nach unseren Daten erhielten in Deutschland im Oktober 2006 circa 16% der Vollzeitbeschäftigten einen Niedriglohn. Die Niedriglohnschwelle wird dabei definiert als zwei Drittel des Eurobetrags, der die Verteilung aller Vollzeitbeschäftigten nach ihrem Monatsverdienst genau in zwei Hälften teilt (Median). Diese Schwelle lag bei rund 1 800 Euro brutto im Monat. Besonders hoch war der Anteil von Beschäftigten mit Niedriglohn bei Friseurinnen und Friseuren (85%), Taxifahrerinnen und -fahrern (82%), Leiharbeiterinnen und Leiharbeitern (77%), Beschäftigten in Wäschereien und chemischen Reinigungen (65%), der Gastronomie (63%), Hotellerie (61%) sowie in der Gebäudereinigung (56%).

*In Friseursalons und Taxis  
wird am häufigsten  
Niedriglohn gezahlt*

Unter den genannten Tätigkeiten sind sowohl typische „Frauenberufe“ (Friseurinnen, Wäscherinnen) als auch „Männerberufe“ (Taxifahrer, Leiharbeiter). Häufig sind es Branchen mit hohem Ausländeranteil: Nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit lag 2006 der Ausländeranteil an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten bei 7%, in den genannten Niedriglohnbereichen aber meist höher: Gastronomie 29%, Gebäudereinigung 26%, Betrieb von Taxis 13%, Personalvermittlung und Leiharbeit 13%, Wäscherei und chemische Reinigung 12%, Hotellerie 11% und Friseur- und Kosmetiksalons 8%.

Der durchschnittliche Bruttomonatsverdienst der Niedriglöhner lag bei rund 1 430 Euro. Der geringste Durchschnittswert wurde mit rund 1 160 Euro für Taxifahrerinnen und -fahrer festgestellt.

### 4.2 Höhere Wahrscheinlichkeit für Niedriglohn bei Jüngeren, Frauen und Menschen ohne Berufsausbildung

Wer mit jungen Jahren bereits Vollzeit arbeitet und dabei nicht in einem Ausbildungsverhältnis steht, erhält häufig nur einen Niedriglohn. Mit dem Alter (und der Berufser-

**Tabelle 7: Vollzeitbeschäftigte (ohne Auszubildende) im Oktober 2006 in Betrieben mit zehn und mehr Beschäftigten**

Merkmal der/des Vollzeitbeschäftigten	Anteil der Niedrig- löhner	Durchschnitt- licher Brutto- monats- verdienst der Niedriglöhner	Von den Niedriglöhnern sind . . .	
			. . . Frauen	. . . jünger als 30
	%	Euro	%	%
Insgesamt . . . . .	16	1 430	46	36
Frauen . . . . .	24	1 400	100	36
Männer . . . . .	12	1 450	X	36
Ohne Berufsausbildung . . . . .	25	1 350	46	36
Mit Berufsausbildung . . . . .	14	1 470	46	37
Mit Hochschulausbildung . . . . .	4	1 220	65	53
<b>Alter von . . . bis . . .</b>				
bis 19 . . . . .	74	1 010	48	100
20 bis 24 . . . . .	46	1 380	47	100
25 bis 29 . . . . .	25	1 410	45	100
30 bis 34 . . . . .	14	1 450	38	X
35 bis 39 . . . . .	11	1 460	43	X
40 bis 44 . . . . .	11	1 450	48	X
45 bis 49 . . . . .	12	1 460	51	X
50 bis 54 . . . . .	12	1 460	51	X
55 bis 59 . . . . .	12	1 450	49	X
60 und mehr . . . . .	11	1 450	42	X
<b>Tätig im Wirtschaftszweig . . .</b>				
Friseur- und Kosmetiksalons . . . . .	85	1 170	89	57
Betrieb von Taxis und Mietwagen mit Fahrer . . . . .	82	1 160	14	10
Personalvermittlung und Leiharbeit . . . . .	77	1 300	25	41
Wäscherei und chemische Reinigung . . . . .	65	1 390	81	12
Gastronomie . . . . .	63	1 390	49	39
Hotellerie . . . . .	61	1 420	64	47
Reinigung von Gebäuden und Verkehrsmitteln . . . . .	56	1 400	45	16
Zahnarztpraxen . . . . .	55	1 430	97	72
Herstellung von Backwaren . . . . .	55	1 400	73	33
Lederverarbeitung . . . . .	51	1 390	81	14
Caterer . . . . .	51	1 320	71	14
Call Center . . . . .	48	1 460	53	45
Wach- und Sicherheitsdienste sowie Detekteien . . . . .	48	1 400	22	19
Kantinen . . . . .	48	1 410	72	24
Schlachten und Fleischverarbeitung . . . . .	48	1 450	58	26
Facheinzelhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren . . . . .	45	1 420	80	30
Betrieb von Sportanlagen . . . . .	44	1 340	56	36
Spiel-, Wett- und Lotteriewesen . . . . .	44	1 340	80	19
Herstellung von konfektionierten Textilwaren . . . . .	44	1 440	75	13
Arztpraxen . . . . .	39	1 480	97	66

fahrung) nimmt dieses Risiko aber deutlich ab. So fällt der Anteil der Beschäftigten mit Niedriglöhnen von 74% bei den unter 20-Jährigen kontinuierlich bis auf 14% bei den 30- bis 34-Jährigen. Etwa ab dem 35. Lebensjahr verharrt der Anteil recht konstant bei 12% der Beschäftigten.

Das Niedriglohnrisiko von vollzeitbeschäftigten Frauen ist genau doppelt so groß wie das der vollzeitbeschäftigten Männer: 12% der Männer und 24% der Frauen erhalten einen Niedriglohn.

Wer keine Berufsausbildung hat, läuft eher Gefahr, einen niedrigen Verdienst zu erhalten: Der Anteil der Niedriglöhner beträgt hier 25% gegenüber 14% bei den Personen mit Berufsausbildung und nur 4% bei Hochschulabsolventen.

### 4.3 Im internationalen Vergleich liegt Deutschland im Mittelfeld

Für den internationalen Vergleich sind nur wenige Angaben verfügbar. Der OECD liegen für eine kleine Zahl von Ländern vergleichbare Daten für das Jahr 2006 vor. Demnach lag Deutschland mit einem Niedriglohnanteil von 16% im Mittelfeld. Am höchsten war der Anteil in Südkorea und den Vereinigten Staaten mit 24%, am niedrigsten in Dänemark mit 12%. In fast allen Ländern lag der Anteil bei den Frauen über dem der Männer. Der größte Unterschied war dabei in Japan festzustellen: Männer 8%, Frauen 34%.

*Deutschland liegt beim  
Niedriglohnanteil im  
Mittelfeld*

**Tabelle 8: Anteil von Niedriglöhnern nach Ländern 2006**

Land	Insgesamt	Männer	Frauen
	%		
Südkorea . . . . .	24	17	42
Vereinigte Staaten . . . . .	24	20	30
Ungarn . . . . .	23	25	22
Kanada . . . . .	22	17	29
Irland . . . . .	21	18	27
Vereinigtes Königreich . . . . .	21	16	29
<b>Deutschland . . . . .</b>	<b>16</b>	<b>12</b>	<b>24</b>
Japan . . . . .	16	8	34
Österreich . . . . .	16	8	29
Australien . . . . .	15	13	19
Neuseeland . . . . .	15	13	17
Dänemark <sup>1)</sup> . . . . .	12	9	17

1) Einschließlich Teilzeitbeschäftigter und auf Basis von Stundenverdiensten.

Quelle (außer Deutschland): OECD, Datenbank OECD.Stat



## 5 Standortfaktor Arbeitskosten

Verdienste haben einen Doppelcharakter: Einerseits bilden sie für Unternehmen einen großen Kostenfaktor, andererseits stellen sie für die privaten Haushalte die wichtigste Einkommensquelle dar. Aus Sicht des Arbeitnehmers ist letztlich der Nettoverdienst maßgeblich, wohingegen zum Beispiel international agierende Unternehmen ihre Standortentscheidungen unter anderem an den Arbeitskosten ausrichten.

### 5.1 Was kostet Arbeit in Deutschland?

Arbeitgeber in Deutschland zahlten für eine Stunde Arbeit im Jahr 2008 im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich insgesamt durchschnittlich 29,60 Euro, in der Privatwirtschaft waren es 29,80 Euro.

*Arbeitskosten 2008:  
29,60 je Stunde*

Die Arbeitskosten umfassen die Gesamtheit aller den Arbeitgebern im Zusammenhang mit der Beschäftigung von Arbeitskräften entstehenden Aufwendungen. Dazu gehören die Bruttolöhne und -gehälter der Arbeitnehmer, die von den Arbeitgebern getragenen Sozialbeiträge, Kosten der beruflichen Aus- und Fortbildung und sonstige Kosten, wie Anwerbungskosten und Berufskleidung. Unter den Begriff „geleistete Arbeitsstunden“ fallen nur die tatsächlich geleisteten Stunden. Krankheits-, Feier- und Urlaubstage sind zum Beispiel nicht darin enthalten, während geleistete Überstunden – sowohl bezahlte als auch unbezahlte – einfließen.

Einen Überblick über die Streuung der Arbeitskosten vermittelt die Darstellung nach Wirtschaftsabschnitten. Mit 46,00 Euro waren die Arbeitskosten je geleistete Arbeitsstunde in der Energie- und Wasserversorgung 2,9-mal so hoch wie im Gastgewerbe mit 15,80 Euro. Die zweitniedrigsten Arbeitskosten aller Wirtschaftsabschnitte wurden im Baugewerbe gemessen. Sie lagen mit 23,10 Euro knapp 22% unter dem Durchschnitt für das Produzierende Gewerbe und den Dienstleistungsbereich. Mit 40,50 Euro wurde das zweithöchste Arbeitskostenniveau bei Banken und Versicherungen festgestellt. Der Abstand zum Durchschnitt betrug 36,8%.

Im Vergleich zum Vorjahr sind die Arbeitskosten im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich im Jahr 2008 kalenderbereinigt um 2,3% gestiegen. Das größte Wachstum der Arbeitskosten verzeichneten Arbeitgeber in der Energie- und Wasserversorgung mit +4,9%, das geringste wurde im Bereich Erziehung und Unterricht mit +0,2% festgestellt. Beide Bereiche zählen auch zu den Branchen, die im langfristigen Vergleich seit dem Jahr 2000 die höchsten beziehungsweise geringsten Wachstumsraten aufweisen.

### 5.2 Arbeitskosten in Deutschland bremsen auf hohem Niveau

Globalisierung bedeutet unter anderem auch die weltweite Suche nach dem optimalen Produktionsstandort, dort entstehen dann Arbeitsplätze. Die Höhe der Arbeitskosten zählt bei der Wahl des Standorts zu den wichtigsten Entscheidungskriterien.

Die alle vier Jahre durchgeführte Arbeitskostenerhebung und der vierteljährliche Arbeitskostenindex sind europaweit harmonisierte Statistiken über die Höhe, Zusammensetzung und Entwicklung der Arbeitskosten. Destatis berechnet aus diesen Angaben für jeden Mitgliedstaat der Europäischen Union ein jährliches Niveau der Arbeitskosten für die Privatwirtschaft sowie das Verarbeitende Gewerbe.

Im europäischen Vergleich waren die Arbeitskosten in der Privatwirtschaft in Deutschland mit 29,80 Euro überdurchschnittlich hoch. Eine Stunde Arbeit kostete in Deutschland 29% mehr als im Durchschnitt der Europäischen Union (23,10 Euro). Deutschland lag damit auf Rang sieben in der Europäischen Union.

*Arbeitskosten in  
der Privatwirtschaft:  
Deutschland auf Rang 7*

**Tabelle 9: Niveau und Entwicklung der Arbeitskosten je geleistete Stunde im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich 2008**

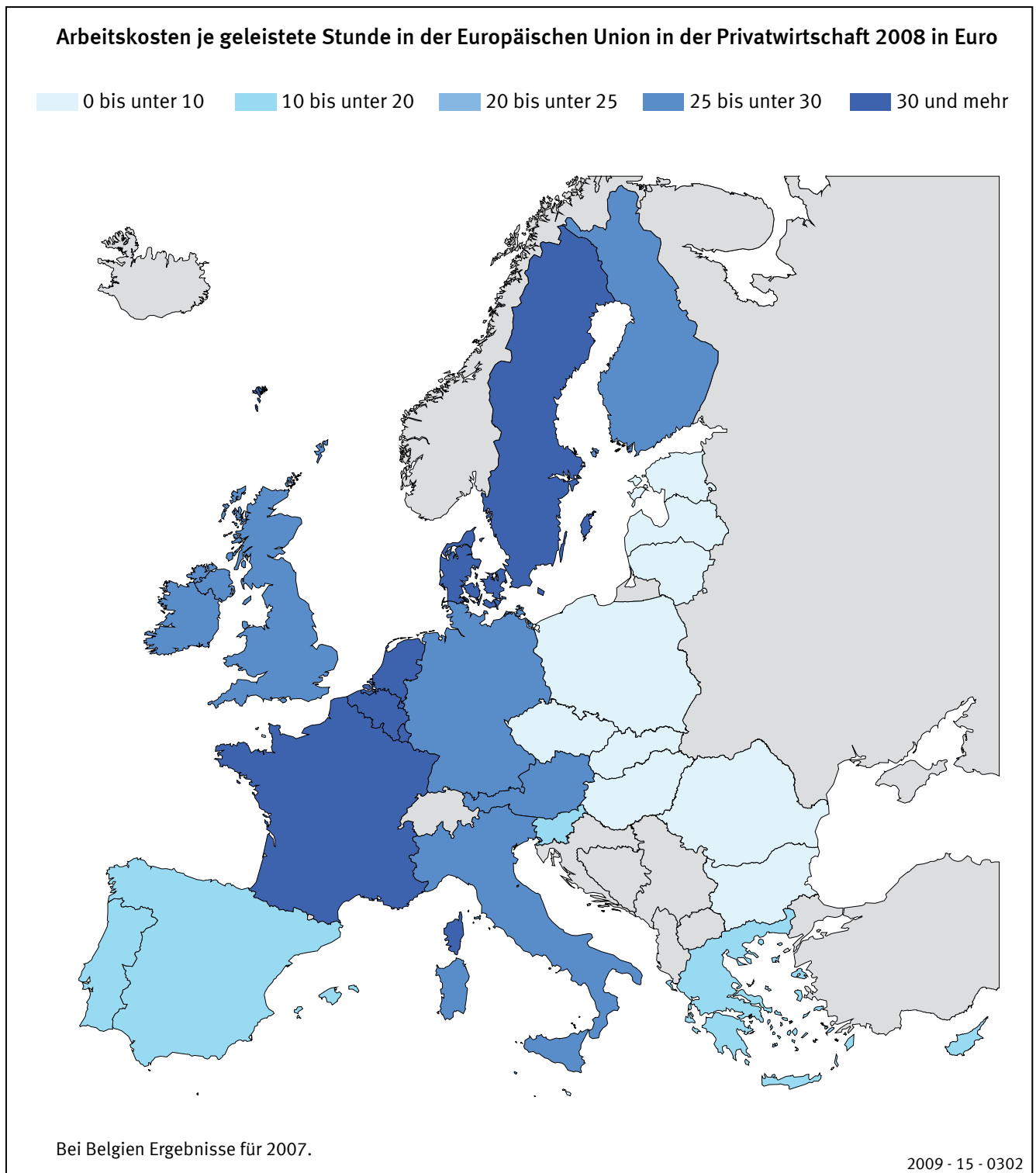
Wirtschaftsabschnitt	Arbeitskosten je geleistete Stunde <sup>1)</sup>	Veränderung 2008 gegenüber Vorjahr <sup>2)</sup>	Durchschnittliche jährliche Entwicklung zwischen 2000 und 2008 <sup>2)</sup>
	Euro	%	%
Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungsbereich . . . . .	29,60	2,3	1,6
Dar.: Privatwirtschaft . . . . .	29,80	2,5	1,8
Produzierendes Gewerbe . . .	32,80	2,7	2,0
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden . . . .	33,20	2,0	0,6
Verarbeitendes Gewerbe . . .	33,90	2,7	2,2
Energie- und Wasserversorgung . . . . .	46,00	4,9	3,1
Baugewerbe . . . . .	23,10	2,2	0,9
Dienstleistungsbereich . . . . .	28,00	2,1	1,4
Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern . . . . .	25,00	2,7	1,9
Gastgewerbe . . . . .	15,80	2,1	1,1
Verkehr und Nachrichtenübermittlung . .	27,40	2,4	1,4
Kredit- und Versicherungsgewerbe . . . .	40,50	0,7	2,0
Unternehmensnahe Dienstleistungen . . . . .	27,30	2,2	1,5
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung . . . . .	30,30	3,1	1,9
Erziehung und Unterricht . .	33,60	0,2	0,4
Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen . . . . .	25,80	2,7	1,0
Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen . . . . .	26,60	1,8	0,4

1) Auszubildende werden bei den Arbeitskosten, nicht aber bei den geleisteten Stunden mitgezählt.

2) Kalendereinigt, BV 4.1

Für das Jahr 2008 lassen sich die 27 EU-Mitgliedstaaten in fünf Gruppen einteilen. Die erste Gruppe wies ein Arbeitskostenniveau von mehr als 30 Euro je Arbeitsstunde auf. Diese Gruppe wird von Dänemark mit 36,50 Euro angeführt. Zu ihr zählten am unteren Rand auch Frankreich und die Niederlande. Zur nächsten Gruppe mit Arbeitskosten von 25 bis 30 Euro gehörten Deutschland und Österreich am oberen sowie Italien und das Vereinigte Königreich am unteren Ende. Im Intervall von 20 bis 25 Euro befindet sich

Schaubild 8



kein Mitgliedstaat, hier lag jedoch im Jahr 2008 der Mittelwert aller Mitgliedstaaten der Europäischen Union (23,10 Euro). Unterdurchschnittliche Arbeitskosten zwischen 10 und 20 Euro waren für die meisten südeuropäischen Länder feststellbar, während die neuen EU-Mitgliedstaaten Mittel- und Osteuropas mit Arbeitskosten von unter 10 Euro für sich werben konnten. Die niedrigsten Arbeitskosten hatten Bulgarien mit 2,50 Euro und Rumänien mit 4,20 Euro.

Bei der Einschätzung von Deutschlands Chancen im internationalen Wettbewerb um die Herstellung und den Export von qualitativ hochwertigen, aber auch kostengünstigen Produkten, sind vor allem die Kosten für den Produktionsfaktor Arbeit in den Wirtschaftszweigen mit der höchsten Exportquote interessant. Über 86% der deutschen Exporte entfielen im Jahr 2008 auf Waren, der Rest auf Dienstleistungen. Daher haben Einschätzungen über die deutsche Wettbewerbsposition häufig das Verarbeitende Gewerbe im Fokus.

***Arbeitskosten im Verarbeitenden Gewerbe: Deutschland auf Rang 4***

Im Verarbeitenden Gewerbe betragen im Jahr 2008 die Kosten für eine geleistete Arbeitsstunde in Deutschland durchschnittlich 33,90 Euro. Damit lag Deutschland 48% über dem Durchschnitt für die Europäische Union (22,90 Euro) und hatte in diesem Wirtschaftsbereich hinter Belgien (2007: 35,80 Euro), Dänemark (34,80 Euro) und Schweden (34,70 Euro) die vierthöchsten Arbeitskosten. Bulgarien (2,20 Euro) sowie Rumänien (3,50 Euro) bildeten auch hier wieder die Schlusslichter.



**Tabelle 10: Arbeitskosten je geleistete Stunde<sup>1)</sup> und Lohnstückkosten 2008**

Mitgliedstaaten der Europäischen Union	Arbeitskosten je geleistete Stunde				Lohnstückkosten <sup>3)</sup>
	Privatwirtschaft		Darunter: Verarbeitendes Gewerbe		Veränderung gegenüber 2007
	Niveau	Veränderung gegenüber 2007 <sup>2)</sup>	Niveau	Veränderung gegenüber 2007 <sup>2)</sup>	
	Euro	%	Euro	%	%
Europäische Union (EU 27) . .	23,10	1,1	22,90	2,5	–
Euro-Währungsgebiet . . . . .	26,80	3,4	28,40	3,8	–
Dänemark . . . . .	36,50	3,8	34,80	3,9	6,9
Luxemburg . . . . .	34,00	3,5	31,60	2,5	–
Belgien <sup>4)</sup> . . . . .	33,10	–	35,80	–	3,7
Schweden . . . . .	32,90	– 1,3	34,70	0,3	– 1,2
Frankreich . . . . .	32,70	2,6	33,40	3,0	2,6
Niederlande . . . . .	30,50	3,8	31,60	3,8	–
Deutschland . . . . .	29,80	2,5	33,90	2,7	2,1
Österreich . . . . .	29,80	3,0	31,90	5,0	3,0
Finnland . . . . .	29,50	5,4	31,30	5,0	6,2
Irland . . . . .	27,60	3,0	27,80	2,9	7,0
Italien . . . . .	25,50	4,4	25,70	5,8	4,2
Vereinigtes Königreich . . . . .	25,20	– 10,0	24,90	– 9,5	– 12,0
Griechenland . . . . .	19,70	13,6	18,50	16,6	5,7
Spanien . . . . .	19,20	5,0	20,70	5,4	3,4
Zypern . . . . .	15,40	6,4	13,00	6,2	–
Slowenien . . . . .	13,80	9,6	12,60	10,8	7,9
Portugal . . . . .	11,60	4,3	9,50	2,6	–
Malta . . . . .	9,90 <sup>5)</sup>	1,8 <sup>5)</sup>	9,80 <sup>5)</sup>	2,0 <sup>5)</sup>	3,3
Tschechische Republik . . . . .	9,70	20,1	8,80	19,4	–
Ungarn . . . . .	8,30	7,9	7,50	7,0	–
Polen . . . . .	8,00	19,4	7,00	18,9	–
Estland . . . . .	7,90	13,8	7,30	13,1	17,5
Slowakei . . . . .	7,30	14,3	7,20	14,5	–
Litauen . . . . .	6,10	17,2	5,60	17,9	10,6
Lettland . . . . .	5,90	22,9	5,20	21,4	22,7
Rumänien . . . . .	4,20	10,0	3,50	10,9	–
Bulgarien . . . . .	2,50	19,4	2,20	20,5	16,2

1) Auszubildende werden bei den Arbeitskosten, aber nicht bei den geleisteten Stunden berücksichtigt.

2) Kalenderbereinigt, auf Euro-Basis.

3) Nominale Lohnstückkosten auf Euro-Basis, bezogen auf die Gesamtwirtschaft.

4) Werte beziehen sich auf das Jahr 2007.

5) Werte sind vorläufig.

– keine Angabe vorhanden.

### 5.3 Die Tendenz in der EU heißt Konvergenz

Betrachtet man das Wachstum der Arbeitskosten, so zeigt sich ein anderes Bild. In der jeweiligen Landeswährung gemessen hatte Deutschland (+2,5%) hinter Malta (+1,8%) im Jahr 2008 im Vergleich zum Vorjahr in der Privatwirtschaft das geringste Wachstum aller Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Damit setzte Deutschland auch im Jahr 2008 den Trend fort, seit 2001 stets zu den EU-Mitgliedstaaten mit den geringsten Wachstumsraten der Arbeitskosten zu zählen. Frankreich (+2,6%), Italien (4,4%) sowie Spanien (+5,0%) hatten größere Anstiege. Das durchschnittliche Wachstum der Arbeitskosten im Euro-Währungsgebiet betrug 3,4%. Im Vereinigten Königreich und in Schweden führten teils massive Abwertungen der heimischen Währungen gegenüber dem Euro zu sinkenden Arbeitskosten auf Euro-Basis. Während im Vereinigten Königreich die Arbeitskosten in britischen Pfund 2008 um 4,7% gestiegen sind, sanken sie in Euro gemessen um 10,0%. In Schweden stiegen die Arbeitskosten auf Basis der nationalen Währung um 2,6%, auf Euro-Basis sanken sie um 1,3%. In Euro gemessen hatten Lettland (+22,9%) sowie die Tschechische Republik (+20,1%) die größten Anstiege.

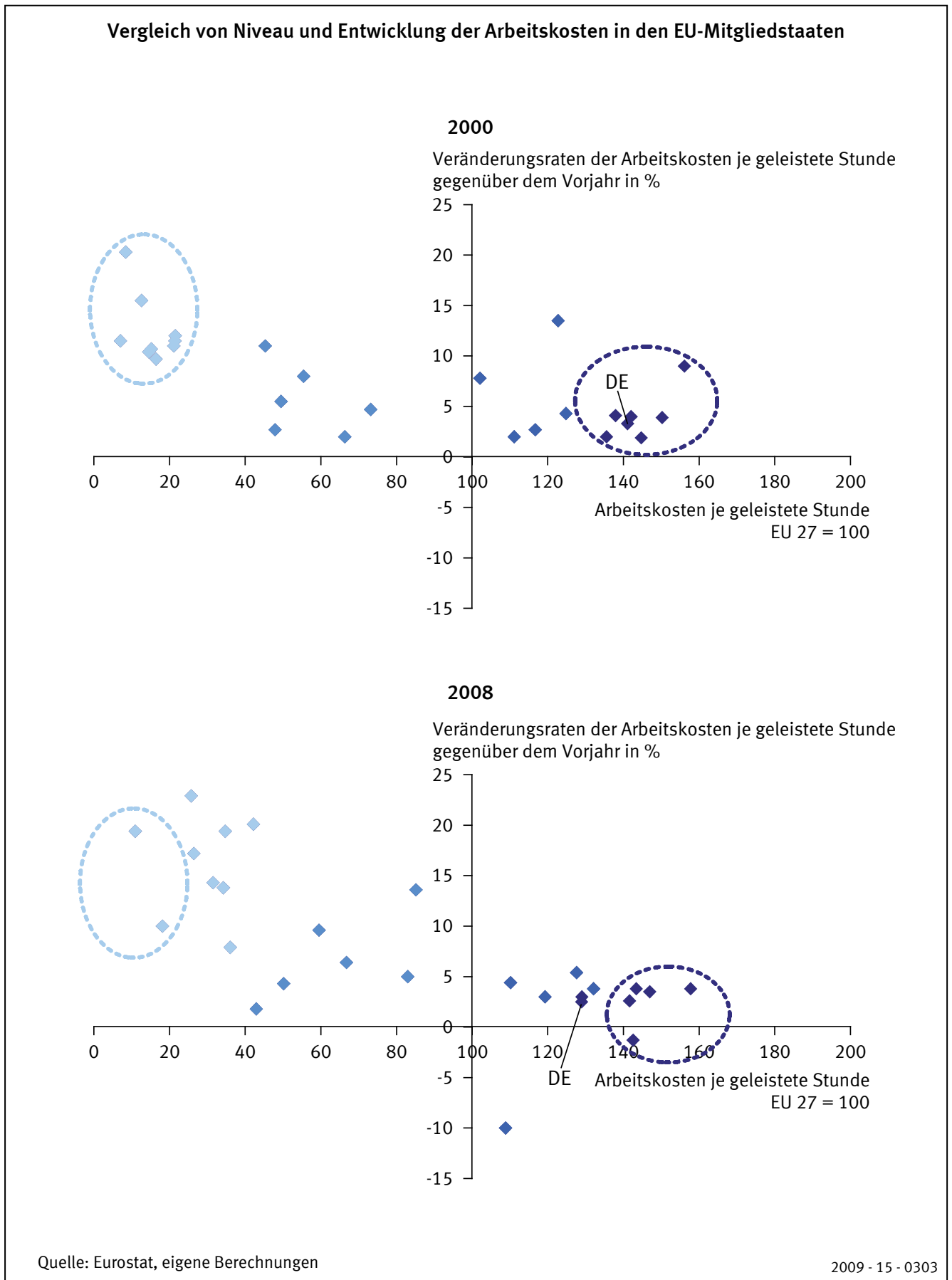
#### *Arbeitskostenniveaus nähern sich in der EU an*

Die Arbeitskostenniveaus der europäischen Mitgliedstaaten näherten sich im Zeitraum 2000 bis 2008 deutlich an. Im Schaubild 9 sind für die Jahre 2000 sowie 2008 die Veränderungsraten der Arbeitskosten (y-Achse) und das Niveau der Arbeitskosten im Vergleich zum EU-Durchschnitt (x-Achse, EU 27 = 100) für jeden Mitgliedstaat der Europäischen Union abgetragen.

Im Jahr 2000 betrug das Arbeitskostenniveau von neun Mitgliedstaaten weniger als 22% des EU-Durchschnitts (linker Kreis). Die Wachstumsraten gegenüber dem Vorjahr waren in diesen Ländern mit 10% bis 20% die höchsten der EU. Deutschland zählte im Jahr 2000 zusammen mit sechs weiteren Mitgliedstaaten zu den Ländern, deren Arbeitskosten zwischen 35% und 60% über dem EU-Durchschnitt lagen (rechter Kreis). Das Wachstum der Arbeitskosten betrug hier – mit Ausnahme von Schweden – aber lediglich 2 bis 4%.

Im Jahr 2008 sieht das Bild schon deutlich verändert aus. Von den neun Mitgliedstaaten, deren Arbeitskosten 2000 weniger als 22% unter dem EU-Durchschnitt lagen, sind mit Bulgarien und Rumänien nur zwei übrig geblieben (linker Kreis). Die stets hohen Wachstumsraten der letzten Jahre haben zu einer deutlichen Annäherung an den EU-Durchschnitt geführt. Während die Arbeitskosten in Deutschland im Jahr 2000 noch 41% über dem EU-Durchschnitt lagen, verkleinerte sich dieser Abstand im Jahr 2008 auf 29%. In nur noch fünf Ländern lag das Niveau der Arbeitskosten mehr als 35% über dem EU-Durchschnitt.

Schaubild 9



#### 5.4 Deutschland beim Anteil der Lohnnebenkosten an den Arbeitskosten weiterhin im Mittelfeld der EU

Ein wichtiger Bestandteil der Arbeitskosten sind die Lohnnebenkosten, deren Hauptbestandteil die Sozialbeiträge der Arbeitgeber sind. Dazu gehören vor allem die gesetzlichen Arbeitgeberbeiträge zu den Sozialversicherungen sowie die Aufwendungen für die betriebliche Altersversorgung.

Die Lohnnebenkosten können den Faktor Arbeit deutlich verteuern. Um ihren Beitrag zu den gesamten Arbeitskosten unabhängig vom Lohnniveau eines Landes darzustellen, wird hier die Relation zwischen Lohnnebenkosten und Bruttoverdiensten betrachtet: Wie viel Euro legen die Arbeitgeber je 100 Euro Bruttoverdienst „oben drauf“?

*Deutsche Arbeitgeber zahlen auf 100 Euro Bruttoverdienst 32 Euro Lohnnebenkosten*

In Deutschland zahlten die Arbeitgeber im Jahr 2008 in der Privatwirtschaft auf 100 Euro Bruttoverdienst zusätzlich 32 Euro Lohnnebenkosten. Im Jahr 2004 – für dieses Jahr wurde diese Relation erstmals berechnet – lag dieser Wert noch um über 1,60 Euro höher. Die Ursache dafür ist, dass die Beitragssätze der Arbeitgeber zur Sozialversicherung zwischen 2004 bis 2008 um insgesamt 1,5 Prozentpunkte gesenkt wurden. Dies führte somit zu einem Rückgang des Anteils der Lohnnebenkosten an den Arbeitskosten.

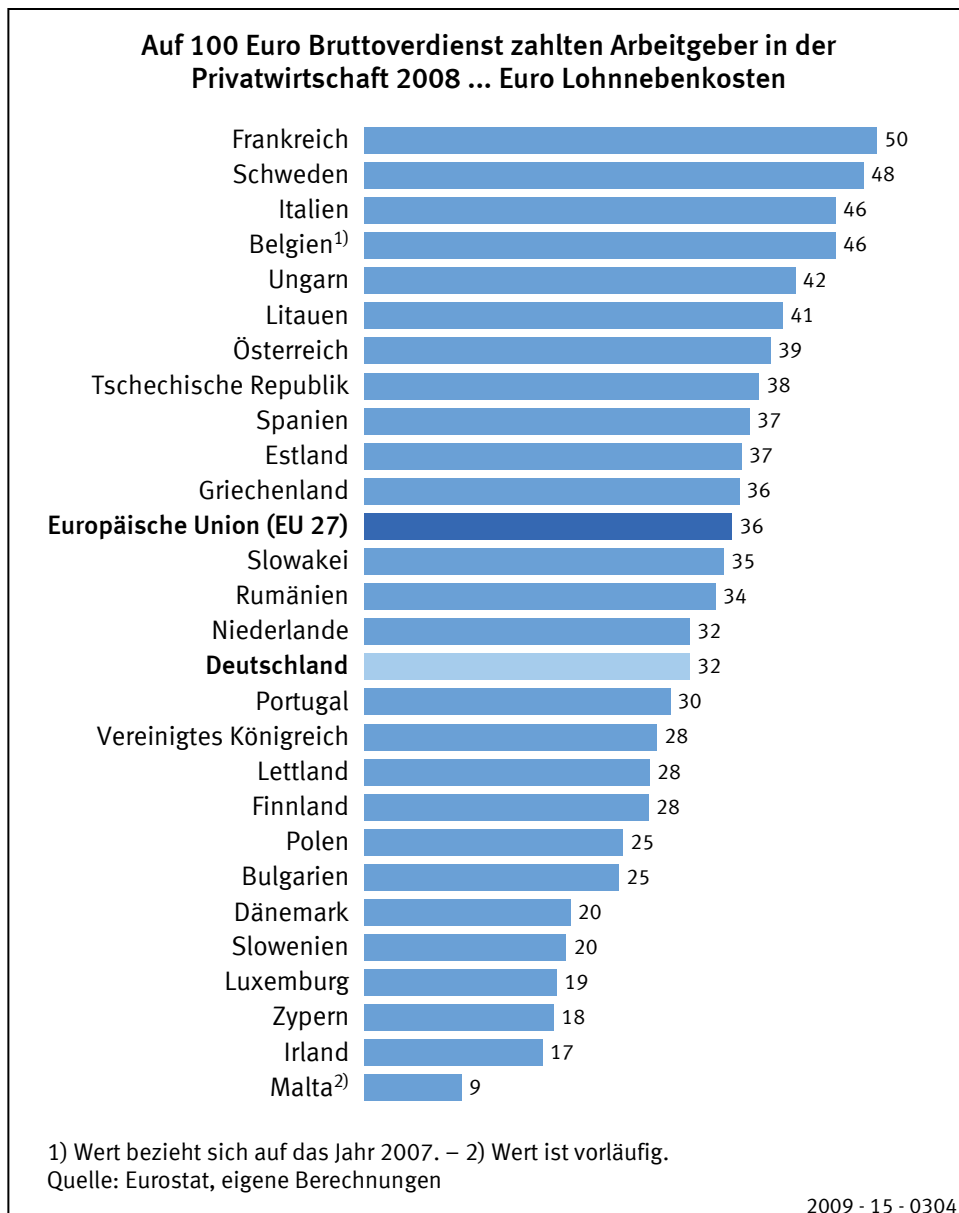
In der Europäischen Union wurden im Durchschnitt zusätzlich zu 100 Euro Bruttoverdienst 36 Euro Lohnnebenkosten und damit vier Euro mehr als in Deutschland gezahlt. Zwischen den EU-Staaten bestand eine große Spannweite: Auf 100 Euro Bruttoverdienst zahlten Arbeitgeber in Frankreich mit 50 Euro die höchsten Lohnnebenkosten, gefolgt von Schweden mit 48 Euro. Die geringsten Lohnnebenkosten hatten hingegen Arbeitgeber in Malta mit neun Euro. Italien (46 Euro), Österreich (39 Euro) sowie Spanien (37 Euro) lagen über dem deutschen Wert, das Vereinigte Königreich (28 Euro) und Polen (25 Euro) darunter.

#### 5.5 Lohnstückkosten: Deutschland wurde 2008 wettbewerbsfähiger

Um Aussagen über die Wettbewerbsfähigkeit eines Landes treffen zu können, greift eine isolierte Betrachtung des Niveaus und Wachstums der Arbeitskosten je geleistete Stunde zu kurz. Arbeitskosten allein haben ohne Berücksichtigung der damit verbundenen Produktivität zur Beurteilung der wirtschaftlichen Situation nur eine eingeschränkte Aussagekraft. Beispielsweise können relativ hohe Arbeitskosten verbunden mit einer sehr hohen Produktivität durchaus in der Gesamtschau zu einer besseren Wettbewerbssituation führen als niedrige Arbeitskosten gepaart mit geringer Produktivität. Die Lohnstückkosten sind eine wichtige volkswirtschaftliche Größe, die sowohl die Entwicklung der Arbeitskosten als auch der Arbeitsproduktivität berücksichtigt. Der europäische Vergleich der Entwicklung der Lohnstückkosten gibt somit Auskunft darüber, ob und in welchem Ausmaß sich die Wettbewerbsposition Deutschlands gegenüber den anderen EU-Mitgliedstaaten hinsichtlich der Arbeitskosten verändert hat.

Durch Abwertungen ihrer heimischen Währungen verzeichneten im Jahr 2008 das Vereinigte Königreich (– 12,0%) und Schweden (– 1,2%) im Vergleich zum Vorjahr Rückgänge bei den Lohnstückkosten. Hier wurden flexible Wechselkurse zum Euro in einen Wettbewerbsvorteil „umgemünzt“. Die Wachstumsraten in Deutschland (+ 2,1%) und Frankreich (+ 2,6 %) lagen teils deutlich unter denen von zum Beispiel Spanien (+ 3,4%), Italien (+ 4,2%), Litauen (+ 10,6%) sowie Bulgarien (+ 16,2%). Spitzenreiter war Lettland mit einem Plus von 22,7%. Hier zeigt sich, dass einige Länder ihre hohen Wachstumsraten der Arbeitskosten nicht durch ausreichend hohe Produktivitätssteigerungen ausgleichen konnten.

Schaubild 10



Die Auswirkungen der Wirtschaftskrise spiegeln sich in Deutschland im unterjährigen Verlauf der Wachstumsraten der Lohnstückkosten wider. Während in den ersten beiden Quartalen die Lohnstückkosten im Vergleich zum Vorjahresquartal um 1,3% gestiegen beziehungsweise um 0,1% gesunken sind, lagen die Wachstumsraten im dritten (+2,3%) und vierten Quartal (+5,0%) deutlich höher. Die ab Mitte des Jahres 2008 schwächere Produktion konnte in der zweiten Jahreshälfte 2008 die Anstiege der Arbeitskosten nicht ausgleichen und führte daher zu einem deutlich stärkeren Wachstum der Lohnstückkosten.

In konjunkturell schwierigen Zeiten – wie in der gegenwärtigen Krise – reagieren Arbeitgeber auf die schlechte Auftragslage und sinkende Absatzzahlen nicht sofort mit einer dementsprechenden Senkung ihrer Personalkosten. In dieser Phase verteuert sich der Produktionsfaktor Arbeit in Relation zur generierten Wertschöpfung. Folglich steigen die Lohnstückkosten.

***Wirtschaftskrise führt im 4. Quartal zu Anstieg der Lohnstückkosten***

## Zusammenfassung

2008 stiegen die Tarifverdienste um 3,6%. Das ist der höchste Anstieg seit 1995. Die tatsächlich gezahlten Bruttoverdienste nahmen um 2,8% zu. Dies sicherte den Beschäftigten einen leichten Reallohnzuwachs von 0,2%, der aber im Wesentlichen auf einen deutlichen Rückgang der Preissteigerung im vierten Quartal 2008 bei relativ gleich bleibender Verdienstenwicklung zurückzuführen ist. Zudem kamen die Verdienststeigerungen nicht bei allen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern gleichermaßen an, sondern waren abhängig von Branche, Beruf und persönlicher Qualifikation. Rund 16% der Vollzeitbeschäftigten haben einen Niedriglohn. Das Risiko, zu dieser Gruppe zu gehören, ist für Jüngere, Frauen und Menschen ohne Berufsausbildung besonders hoch.

Verdienste sind aus Sicht der Unternehmen Kosten für den Einsatz von Arbeit. In Deutschland liegen die Arbeitskosten je geleistete Stunde im EU-Vergleich auf einem relativ hohen Niveau und die Lohnnebenkosten im Mittelfeld. Der Anstieg der Arbeitskosten war in diesem Jahrzehnt jedoch durchgängig einer der niedrigsten in Europa, so dass sich die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft sukzessive verbessert hat. Im vierten Quartal 2008 sanken im Zuge der beginnenden Wirtschaftskrise sowohl die geleisteten Arbeitsstunden – zum Beispiel durch Kurzarbeit und den Abbau von Überstunden – als auch die reale Produktion. Damit zogen die Arbeitskosten je Stunde sowie die Lohnstückkosten zuletzt deutlich an.

Es zeigte sich im vierten Quartal 2008, dass die „Preise“ am Arbeitsmarkt, das heisst die Verdienste, weniger flexibel sind als etwa Güterpreise. Das stabilisierte jedoch die Einkommenssituation der Konsumenten und ihre Kaufkraft. Für die Produzenten, die Arbeitgeber, zogen hingegen die Kosten je geleistete Arbeitsstunde bereits gegen Ende des Jahres deutlich an. Hier war der Druck vom Arbeitsmarkt auf Gewinnsituation und Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen bereits spürbar.



## UNSER PRESSESERVICE

- » Die Pressestelle des Statistischen Bundesamtes veröffentlicht die neuesten statistischen Ergebnisse in jährlich rund 550 Pressemitteilungen. Über unseren Presseverteiler können Sie sich diese per Mail schicken lassen.
- » Für Ihre Planung können Sie unseren Wochenkalender mit Vorschau auf die Pressemitteilungen der Folgewoche nutzen, außerdem bieten wir einen Jahresveröffentlichungskalender mit den wichtigsten Wirtschaftsindikatoren.
- » Zu den wichtigen Themen veranstalten wir Pressekonferenzen und stellen direkt im Anschluss umfassende Materialien im Internet zur Verfügung.
- » Ihre Anfragen werden schnellstmöglich beantwortet oder an die jeweiligen Experten weitergeleitet. Für Interviews vermitteln wir Ihnen fachkundige Gesprächspartner.
- » Abonieren Sie unseren Newsletter: Entweder für alle Presseveröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes oder zu bestimmten Themenbereichen.

Im Internet finden Sie Ansprechpartner, aktuelle Meldungen und ein Archiv, in dem Sie nach Thema oder Veröffentlichungsdatum recherchieren können. Gerne helfen wir Ihnen auch per Mail, Telefon oder Fax weiter.

**www.destatis.de** (Bereich Presse)

presse@destatis.de

Telefon: +49 (0) 611 / 75 34 44 (montags bis donnerstags von 8 bis 17, freitags von 8 bis 15 Uhr)

Telefax: +49 (0) 611 / 75 39 76

### Allgemeine Informationen

über das Statistische Bundesamt und sein Datenangebot erhalten Sie im Internet unter

**www.destatis.de** oder über unseren Informationsservice:

**www.destatis.de/kontakt**

Telefon: +49 (0) 611 / 75 24 05

Telefax: +49 (0) 611 / 75 33 30

### Publikationen online

über unseren Publikationsservice: **www.destatis.de/publikationen**

über unsere Datenbank GENESIS-Online: **www.destatis.de/genesis**

## Informationen zum Thema Verdienste und Arbeitskosten

Weitere umfangreiche Informationen zum Thema Verdienste und Arbeitskosten finden Sie in unserem Internetangebot: [www.destatis.de](http://www.destatis.de), -> Verdienste und Arbeitskosten

Bei Fragen zum Inhalt der Broschüre oder zum Thema Verdienste und Arbeitskosten wenden Sie sich bitte an:

Telefon: +49 (0) 228 / 75 35 41

Telefax: +49 (0) 228 / 72 40 00

E-Mail: [verdienste@destatis.de](mailto:verdienste@destatis.de)